

Ein Beruhigungstelegramm des Reichskanzlers.

Die Gerüchte von der Mobilisierung der beiden österreichischen Armeekorps schienen an Ort und Stelle, in Königsberg und Allenstein, selbst vielleicht weniger als in den kleinen Landstädtchen und Dörfern der Provinz einige Beunruhigung erzeugt zu haben. Anders ist es nicht zu verstehen, daß der höchste Beamte des Reiches in eigener Person das Wort nimmt, um dem Entstehen einer allgemeinen Beunruhigung vorzubürgen. Bei dem Oberpräsidium in Königsberg ist nämlich ein Telegramm des Reichskanzlers eingegangen, in dem der Oberpräsident gebeten wird, der anscheinend in der Provinz herrschenden Kriegsaufregung, die durch nichts gerechtfertigt sei, entgegenzuireten. Die alarmierenden Nachrichten über angebliche Kriegsvorbereitungen dies- und jenseits der preußisch-russischen Grenze entheben jeder Grundlage. Von deutscher Seite seien keinerlei besondere militärische Maßregeln ergriffen worden, auch seien bisher keine Nachrichten über russische militärische Maßnahmen eingegangen, die deutsche Gegenmaßregeln veranlaßt hätten.

Eine Lösung der Krise.

Botschafterkonferenz über die Balkanfrage. — Österreichs äußerste Zugeständnisse.

Der Leiter der englischen auswärtigen Politik, Sir Edward Grey, hat nach längeren diplomatischen Verhandlungen jetzt den Rumänen einen Vorschlag zur Lösung der Streitfragen, die als Folgeerhebung des Balkankrieges aufgetaucht sind, unterbreitet. Danach sollen folgende drei Fragen einer in einer europäischen Hauptstadt tagenden Botschafterkonferenz unterbreitet werden: 1) die albanische Frage, 2) die Frage der jugoslawischen Inseln, und endlich 3) die Dardanellenfrage.

Der österreichisch-serbische Adelskonsult soll auf dieser Konferenz unberührt bleiben. Man wird den albanischen Sir Edward Grey, der Einmündigkeit der Großmächte einen neuen Rückhalt zu geben, indem er bereits jetzt wichtige Fragen von internationalem Bedeutung dem Gedankenaustausch der Diplomaten unterbreitet, voll Sympathie entgegenbringen, wenn auch der Erfolg dieses Schrittes zweifelhaft ist. Die Begrenzung der geplanten Konferenz auf diejenigen Fragen des vielfältigen Balkanproblems, deren internationales Interesse unbestritten ist, ist jedenfalls ein guter Gedanke und würde den Verhandlungen, die sonst leicht ins Uferlose hätten verlaufen können, erhöhte Aussichten auf Ergebnisse verschaffen.

Ausgeschieden bleibt ferner die Neuordnung des europäischen Besitzstandes der Türkei, die lediglich Gegenstand der Friedensverhandlungen mit den Regierungen des Balkanbundes bilden soll. Unklar bleibt allerdings, ob die Adriafrage etwa als Bestandteil der für die Konferenz in Angriff genommenen albanischen Frage gelten soll. Sollte das der Fall sein, so würde Österreich nur unter bestimmten Voraussetzungen dem Griechischen Vorschlag, den übrigens Bulgarien sofort abgelehnt hat, zuzustimmen bereit sein.

Um alle Misverstände in dieser Beziehung zu vermeiden, haben Wiener amtliche Stellen dem Pariser Tempé das Höchstmah der Zugeständnisse mitgeteilt, die Österreich in voller Übereinstimmung mit Italien in der Adriafrage zu machen bereit ist: Österreich erkennt zähhaftlos an, daß Serbien als Preis seiner Waffenfolge Anspruch auf Altsieben und den Sandžak Robibazar hat. Auch gegen Serbiens unerledigten Beitrag eines Hofens im Adria-Meere hat Österreich nichts einzubringen. Ferner ist man in Wien noch immer gewillt, unter allen erforderlichen Bürgschaften Serbien für seinen wirtschaftlichen Bedarf den Zugang zu einem dalmatinischen Hafen zu gestatten und überdies ein serbisch-montenegrinisches Abkommen zur Kenntnis zu nehmen, wonach Serbien politische und wirtschaftliche Rechte auf einen montenegrinischen Hafen erhielt. Das

lexie und wichtigste Zugeständnis der Wiener Regierung ist, daß Serbien für den wirtschaftlichen Bedarf auch den Zugang zu dem Hafen des künftigen selbständigen Albanien erhalten soll, mit der einzigen Bedingung, daß das einheitliche Gebiet dieses Balkanstaates nicht etwa durch Schaffung eines serbischen Gebietstreifens Einbuße erleide.

In der französischen Presse wird durchgängig anerkannt, daß Österreich Standpunkt durchaus gerechtfertigt ist und daß die ursprüngliche Annahme, Österreich sei in dieser schwierigen Zeit als Friedensbrüder ausgetreten, ferner nicht mehr haltbar sei. In Paris, Wien und London ist — ganz in Übereinstimmung mit der Ansicht der französischen Presse — das Gericht verstreut, daß zwischen den Großmächten gegenwärtig Verhandlungen über einen bei der serbischen Regierung gemeinsam zu unternehmenden Schritt schwedeln. Man will der serbischen Regierung einmütig zum Ausdruck bringen, daß Österreich-Ungarns Haltung gebilligt werden müsse. — Sollten sich die Mächte wirklich zu einem solchen Schritt entschließen können, so würde er in Verbindung mit der von England vorgelegten Botschafterkonferenz die Wege zu einer europäischen Konferenz abrunden.

Diese Konferenz wird nachgerade zur unabwendlichen Notwendigkeit, denn das Balkanproblem gestaltet sich mit jedem Tage schwieriger und mannigfältiger. Hat doch jetzt das so schwierige Rumänien wieder einmal etwas von sich hören lassen und durch den Mund eines Ministers zu erkennen gegeben, daß es bei der Teilung der europäischen Türkei unter seinen Umständen leer ausgehen will. Der frühere Kriegsminister und gegenwärtige Domänenminister Filipescu teilte in einer Versammlung in Turn-Sovata, die auswärtsige Lage, bei zwar sehr schwierig; Rumänien werde aber daraus nur Nutzen ziehen. Unter anderem werde es einen Zugang zum Adriatischen Meer erreichen. Es könnte sein, daß die vorzüglich vorbereitete rumänische Armee demnächst zum Kampf fürs Baterland gerufen werde. — Der neue Staatssekretär im Kriegsministerium Antonescu forderte in seiner Begründung die Offiziere auf, die größte Tüchtigkeit zu entfalten, denn man könne nicht wissen, was schon den morgige Tag bringen werde.

Doch mit der Möglichkeit eines rumänischen Eingreifens jetzt ernsthaft gerechnet werden muß, erhebt auch daran, daß der österreichisch-ungarische Armees-Inspekteur Fr. Konrad von Höyendorf in Bukarest eingetroffen ist und ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph, an König Karl überbracht hat. Armees-Inspekteur Konrad v. Höyendorf ist während seines Aufenthalts in Bukarest Gast des Königs. Dieser Besuch erregt in politischen Kreisen großes Aufsehen, um so mehr, da er wenige Tage nach dem Besuch des österreichischen Generalstabchefs Schiemann in Berlin erfolgt. In jedem Falle zeigt er, daß die Frage, ob die Geschichte des Balkans friedlich am grünen Tische oder durch die Gewalt des Schwertes entschieden werden sollen, trotz aller Diplomatenbesprechungen noch keine endgültige Lösung gefunden hat. Man will angeblich in allen Lagern den Frieden, es deutet aber alles darauf hin, daß man noch wie vor mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet.

Ausgeschieden bleibt ferner die Neuordnung des europäischen Besitzstandes der Türkei, die lediglich Gegenstand der Friedensverhandlungen mit den Regierungen des Balkanbundes bilden soll. Unklar bleibt allerdings, ob die Adriafrage etwa als Bestandteil der für die Konferenz in Angriff genommenen albanischen Frage gelten soll. Sollte das der Fall sein, so würde Österreich nur unter bestimmten Voraussetzungen dem Griechischen Vorschlag, den übrigens Bulgarien sofort abgelehnt hat, zuzustimmen bereit sein.

Um alle Misverstände in dieser Beziehung zu vermeiden, haben Wiener amtliche Stellen dem Pariser Tempé das Höchstmah der Zugeständnisse mitgeteilt, die Österreich in voller Übereinstimmung mit Italien in der Adriafrage zu machen bereit ist: Österreich erkennt zähhaftlos an, daß Serbien als Preis seiner Waffenfolge Anspruch auf Altsieben und den Sandžak Robibazar hat. Auch gegen Serbiens unerledigten Beitrag eines Hofens im Adria-Meere hat Österreich nichts einzubringen. Ferner ist man in Wien noch immer gewillt, unter allen erforderlichen Bürgschaften Serbien für seinen wirtschaftlichen Bedarf den Zugang zu einem dalmatinischen Hafen zu gestatten und überdies ein serbisch-montenegrinisches Abkommen zur Kenntnis zu nehmen, wonach Serbien politische und wirtschaftliche Rechte auf einen montenegrinischen Hafen erhielt. Das

der Bundesrat beschlossen: Verbote Ordentliche Tätigkeit ist jede priesterliche oder sonstige religiöse Tätigkeit gegenüber andern, sowie die Erteilung von Unterricht. Unter die verbotene religiöse Tätigkeit fallen nicht, sondern nicht landesherreliche Bestimmungen entgegenstehen, das Leben hinter Mauern, die im Rahmen eines Familienseises sich halende Privilezie und das Spendern der Sieberbefreiung. Nicht unterliegt sind wissenschaftliche Vorlesungen, die das religiöse Gebiet nicht berühren. Die katholische Tätigkeit wird durch das Verbot nicht betroffen.

* Der Landtag des Fürstentums Neapel ist eine Vorlage auf Antrag des Wahlgesetzes zugegangen. Statt 16 sollen in Zukunft 21 Abgeordnete nach einem Dreiklassenplurawahlrecht gewählt werden. (Bisher war die Wahl direkt und geheim.)

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Donnerstag die Befreiung der Teuerungsinterpellation in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über vorübergehende Zollsteuererleichterungen fort. Abg. Wendt (sortir.) erklärte, die Teuerung beweise, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Fleischbedarf zu decken. Der preußische Landwirtschaftsminister Fr. v. Schröder trat diesen Ausführungen entgegen und betonte, eine Befreiung der Teuerung könne nicht allein durch Vermehrung der Fleischproduktion erfolgen, sondern nur, wenn sich das Volk den andern Nahrungsmitteln mehr zuwenden als bisher. Abg. Böckeler (Freistaat) meinte, daß eine allgemeine Nahrungsbewegung doch nicht zu bestimmen und eine Folge unter Wirtschaftspolitik sei. Abg. Mollenhau (soz.) erklärte, die Abwertung der Grenzen sei ein umfangreiches Mittel zur Verbesserung des Bevölkerungsstandes. Abg. Mayinger (Centr.) sieht eine Ausdehnung des Zolls für nutzlos. Das Fleischfleisch sei nur ein unvollkommenes Gerät des freien Fleischbedarf des Reichslandwirtschaftsministers Dr. Brügel. Sodann ist die Teuerung die bedauerlichste von gesellschaftlichen Standpunkten. Die Behauptung aber, daß das Volk an Unterernährung leide, sei nicht haltbar. Die Auflösung des § 12 würde schwere Gefahren mit sich bringen.

Am Freitag antwortete zunächst Abg. Rat Lehmann auf eine Anfrage des Abg. v. Richthofen (nat.-lib.): daß bei den Ereignissen in Salonta die Lebens- und Eigentum von Deutschen nicht nur schwer gelommen sind. Sollte sich die Lage weiter verschärzen, so sind die auf das thüringische Mittelmeer derteilten deutschen Kriegsschiffe imstande, in kurzer Zeit vor Salonta zu erscheinen.

Sodann gab der preuß. Kriegsminister v. Heykingen auf eine Anfrage des Abg. Juncz (nat.-lib.) die Versicherung, daß der Kriegsfall das Kriegsamt (Bgg.) erwidert habe, um seine Schiffe getan zu sein, um die im Februar vertragte Brüderkonferenz zur Revision des österreichischen Sprachhandels zu einem neuen Instrumentum zu verlassen.

Auf eine Frage des Abg. Göhrde (soc.) antwortete Staatssekretär Richter, daß er nicht imstande sei, zu sagen, ob es noch in dieser Session möglich werde, wenn der Reichstag ein Wohnungsgesetz zu unterwerfen. Darauf werden die

Fragestellungen über die Fleischsteuerung fortgesetzt. Der Abg. Sieg (nat.-lib.) tritt für die Erhaltung unter Wirtschaftspolitik ein und erklärt es für notwendig, gerade in schweren Zeiten, wie jetzt, Sorge zu tragen, daß Deutschland mit gutem eignem Fleisch versorgt werde.

Abg. Graf Schwerin (sortir.) erklärt, auch die Landwirtschaft bedauert die Fleischsteuerung. Was sie möchte, kann gleichzeitig mittlere Preise, bei denen die Produzenten keinen Schaden, ohne daß der Verbrauch erschwert werde. Die deutsche Landwirtschaft werde in fünf Jahren in der Lage sein, den Bedarf zu decken. Zum Schlusse erklärte der Abgeordnete, daß die Konservativen, wenn sie auch nicht mit allen Ausführungen des Reichskanzlers voll übereinstimmen, doch seine Wirtschaftspolitik für richtig halten und deshalb gegen den sozialdemokratischen Antrag, der sich gegen den Konsulat der Teuerungsmaßnahmen wendet, stimmen werden, den sie auch formal für ungültig hielten.

Staatssekretär des Innern Delbrück: Wir haben in den letzten drei Jahren in jeder Session eine Ausdrucks über die Teuerung gehabt, und ich habe in jedem dieser drei Jahre am dritten Tage der Verhandlung ein Requiem zu ziehen gehabt. Ich muß aber sagen, daß es immer im

nach Hause kam, begleitet von Kleist, dem ein Soldat mit zwei Söhnen folgte.

Beim Scheine der selben sagt man, daß Herr in bedeutender Aufregung war, die er mühsam niederkämpfte. Er durchschritt das Zimmer zweimal, während der Major auf seine Anfrage wartete. Endlich blieb er stehen:

„Sie haben sofort nach dem Mäuse gesucht, daß der Stein mit Bommeln herein soll?“

„Auf derselben Stelle,“ antwortete Kleist, „wo der Anfall auf uns geschob.“

„Dreizeh — vierzig Licher — ooh, du gute Mama!“ hörte man plötzlich irgendwo in der Stube rufen.

Der General sah sich erstaunt um, bis ihm Kleist bedeutete: „Der Jähnrich von Bettig liegt hier und träumt!“

„Eine Trommel für den Bruder und eine Puppe — für Hedwig — ja — lang es weiter aus dem Munde des Schlafenden.“

„Verzeihen Sie das, Kleist?“ fragte Hirt verwundert.

„Ergänzen“ war die Antwort, „wir haben heute den Weihnachtstag.“

Der General schien überrascht, dann wandte er das oderartig geschnittene Gesicht mit einem Ausdruck von Bedauern dem Jähnrich zu und sagte: „Du guter Gott! Und der Junge zündet sich seinen Weihnachtsbaum in den Schneefeldern von Ruhland an und bedingt ihn mit Apfeln und goldenen Nüssen. Das kann auch die Jugend nur, während uns Alten die grauen Haare vor Sorg' und Arbeit noch grauer werden. — Heda! rief er schließlich und berührte den Schulter des Schülers.

wesentlichen das gleiche gewesen ist, nämlich daß diese Debatten um einer Lösung des Problems nicht wesentlich abgelenkt haben. Der Grund liegt darin, daß die Verkürzung auf falschen Voraussetzungen aufgebaut ist. Auf der Linie, die vom Staatpunkt aus mit Recht auf eine Belebung der Schwerekrise auf dem Fleischmarkt drängt, geht man immer wieder von der von ihnen als erwiesen angenommenen, aber keineswegs bewiesenen These aus, daß die Fleischindustrie unter Zoll- und Wirtschaftspolitik beeinträchtigt, und deshalb unterliegt sie wissenschaftliche Vorlesungen, die das religiöse Gebiet nicht berühren. Die katholische Tätigkeit wird durch das Verbot nicht betroffen.“

* Der Landtag des Fürstentums Neapel ist eine Vorlage auf Antrag des Wahlgesetzes zugegangen. Statt 16 sollen in Zukunft 21 Abgeordnete nach einem Dreiklassenplurawahlrecht gewählt werden. (Bisher war die Wahl direkt und geheim.)

unstrahlbare Erörterungen.

Sie werden diesen Reichstag niemals dazu bringen, an den bewußten Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik zu ändern. Es muss schriftlich werden, daß ein großer Teil der Bevölkerung, nicht über die Bevölkerung hinaus, keinen Hunger an Fleisch habe. Hunger leben nur diejenigen Kreise, die ihrem ganzen Einkommen nach an sich schon schwer in der Lage sind. Ich das mögliche Fleisch zu verschaffen. Hoffentlich gelingt es der Konservativen, recht bald zu einem praktischen Ergebnis auf diesem als allen am Herzen liegenden Gebiet zu kommen.

Abg. Gothein (sortir. Bdg.): Ich habe eine allgemeine Preissteigerung schon 1912 beim Börsenboom ausgelöst. Man hat den Städten erlaubt, daß sie an der Fleischproduktion zu beteiligen. Das hat man nur getan, damit sie schlechte Erwartungen machen, denn die Schwerekrise erfordert eine niedrige Bevölkerung, wie nur die kleinen Landwirte sie dem Vieh anzubinden lassen können. Hüte man auf seinem Antrag im Oktober vorher Jahres die Futtermittel auf ein Jahr aufzuhören, dann wäre ich in einigen Monaten eine solche Erwartung aufgestellt.

Abg. Seyda (Wol.): Reichskanzler und Regierung haben in langen Reden ihre Arbeitsergebnisse erläutert, aber im seien Augenblick haben die Hunderte von Arbeitern brodeln gemacht — im Wege der Enteignung!

Abg. Richter (sortir. Bdg.): Ich kann den Mitgliedern der sozial-lodringischen Gruppe erklären, daß wir im großen und ganzen mit der Kiri und Welt, wie der Reichskanzler die Anfrage beantwortet hat, einverstanden sind.

Abg. Gebhart (wirths. Bdg.): Nach wie vor befindet darüber, daß der Reichstag an der gewählten Wirtschaftspolitik festhalten will.

Abg. Süderholm (soc.): Herr Delbrück gab zu, daß die Zölle nur den Zweck haben, die Lebensmittelversorgung hochzuhalten. Es ist gar nicht wahr, daß die deutsche Bevölkerung von der deutschen Landwirtschaft allein mit Nahrungsmitteln und Fleisch versorgt werden kann. An den schlechten Teuerungs- und Wohnungswertnahmen muß als Kraft der Nation zugrunde gehen.

Ein Schlusswort wird angenommen.

Die Frage, ob ein Antrag zu einer Interpellation speziell werden darf, wird der Reichstagsordnungskommission überwiesen.

Der Gegenentwurf über die vorübergehenden Zollsteuererleichterungen bei der Fleischbeute geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Staatssekretär Delbrück erläutert, daß er die Interpellation über die Wagenmängel in der zweiten Hälfte der nächsten Woche beantworten werde.

Das Haus verläßt sich.

Heilig zückte mit dem Stoffe und fuhr mit der Hand über die Augen. Er war aber offenbar noch im Halbschlaf, als er sagte: „Sag mir, Soldaten, ich bin immer auf dem Platz.“

Aber jetzt hatte er auch erkannt, wen er sich hatte und schüttelte er darüber.

„Verzeihung, mein General — ist denn man hier doch nicht?“ Seine Augen suchten im Zimmer umher.

„No, was, mein Junge?“ fragte Hirt gähnend.

„Ich meinte nur — man hat doch die Christbaum nicht ohne mich.“

„Abgeleert?“ lachte der General. „Nein, Bettig. Leg' dir sich nur aufs Ohr und träum' weiter. Dann kann ich die carmen Saiten zu lösen kriegen, und ich wird's besser als du.“

Hirt lachte und schüttelte er darüber.

„Kennen Sie sich diesen heimlichen Überfall erklären, Kleist?“ wandte sich Hirt jetzt dem Major zu.

„Ein Überfall auf den General Hirt? Wer kann von unserem nächsten Mitte nach Polen gehabt haben? Ich habe, so wahr und gefund ich bin, im Dunkel nichts weiter erkannt, als französische und preußische.“

„Ich glaube den Hauptmann Gäß bemerkt zu haben,“ erwiderte Kleist.

„Dummes Zeug!“ brauste der alte Degen empor. „Das ist ja unmöglich. Der hat mir den dritten Posten in echt zu nehmen.“

„Und dennoch,“ nahm Kleist das Wort wieder, „war es die Stimme Gäß, die mir zurief: „Kennen Sie den General in das Lager.“

12. Der Sturm bricht los.

9) Historische Novelle von A. Bindner.

(Fortsetzung.)

„Und daß unser König,“ fiel der dritte ein, nicht zehn Napoleone zu fürchten braucht, so lange der Hof keine Preußen führt. Schreibt das extra für mich hinein!“

„Gut, Kinder,“ sagte Bettig mit herablassendem Kopfnicken. „Und meint ihr nicht, daß das dem General eine rechte Herzenschwäche bringt? Aber wenn ihr gefragt werdet, von wem das ausgeht —“

„Vom Jähnrich von Bettig,“ vollzte der zweite Soldat.

Bettig hätte gern in den Bart geschmunzelt, wenn er einen gehabt hätte. Aber man sah ihm an, daß ihn die Sache recht angenehm stellte.

„Ach,“ meinte er, „ich habe gerade keinen Namen gekannt; aber ich werde erforderlichenfalls nicht leugnen, daß der Gedanke mein Original ist. Jetzt tragt mir den Namen ins Zimmer des Adjutanten: einer von euch mag und das Wachs beim Wirt besorgen und die Leicht auskleiden. Weiter brauchen wir nichts.“

Die Soldaten trugen den Baum in das Nebenzimmer und verließen dann die Wohnung. Bettig lächelte und dachte, daß er allein war. Der Stoß seiner Intelligenz und Bildung sank zusammen, um einem biederlichen Zuge von Sentimentalität und Wehmutterigkeit zu machen. Es dunkelte bereits stark im Zimmer. Sein Auge, das traumatisch durchs Fenster in die Landschaft starrte, sah freilich nicht